

Auch dies ist ein Beitrag, um die bestehenden Defizite aufzuholen.

Noch ein Wort zur digitalen Fortbildungsoffensive, die sich doch nicht nur auf einen zusätzlichen pädagogischen Tag und 1.000 Euro für die Schulen erstreckt. Insgesamt haben wir für die Fortführung der digitalen Fortbildungsoffensive für das nächste Jahr zusätzliche 6 Millionen Euro vorgesehen, um unsere Schulen für die Digitalisierung fit zu machen.

Der von Ihnen in zweiter Lesung zu beratende Einzelplan 05 – Schule – belegt die Entschlossenheit der Landesregierung, trotz schwieriger Rahmenbedingungen weiterhin mit höchster Priorität in die Bildung und damit in die Zukunft unserer Kinder und unser aller Zukunft zu investieren. Bildung ist nach wie vor die Grundvoraussetzung für die Zukunft unserer Gesellschaft. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmelzer: Herzlichen Dank, Frau Ministerin Feller. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Wir kommen zu den Abstimmungen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1905, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen.

Wir kommen aber zunächst zur Abstimmung über die vorliegenden Änderungsanträge. Zuerst lasse ich über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2001** der AfD abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag bei Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2038** der FDP-Fraktion. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FDP und die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die CDU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Antrag bei Abwesenheit des Abgeordneten Dr. Blex mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2039** der FDP-Fraktion. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von

Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Änderungsantrag mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis bei Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan 05 zu? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung** bei Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex mit dem von mir festgestellten Ergebnis **angenommen**.

Damit kommen wir zu:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1911 und auf die in der aktualisierten Tagesordnung aufgeführten Änderungsanträge hin.

Wir fangen an mit

a) Arbeit, Soziales

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Teschlade von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall von der SPD)

Lena Teschlade (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wenn ich mir den Einzelplan für den Bereich „Arbeit und Soziales“ im Haushalt ansehe, dann gibt es dort leider keine sonderlich großen Überraschungen. Aber es gibt eine große Enttäuschung: Wir haben bereits im Nachtragshaushalt Unterstützung für sozial- und gesundheitsbezogene Einrichtungen gefordert. Aber das wurde – wenig überraschend – von Schwarz-Grün abgelehnt und es wurde – auch wenig überraschend – wieder einmal auf Berlin verwiesen.

Es wurde seitdem aber auch kein eigener Vorschlag eingebracht, wie diese Einrichtungen jetzt in der Krise entlastet werden sollen, und welche konkreten Hilfen geleistet werden sollen – bis heute nicht. Auch im vorgelegten Basishaushalt findet sich dazu nichts. Deshalb bringen wir in unseren Änderungsanträgen ein Sondervermögen ein, mit dem auch soziale Einrichtungen und Träger endlich unterstützt werden könnten.

(Beifall von der SPD)

Wenn all das Gerede von Wertschätzung und Systemrelevanz nicht nur Lippenbekenntnis bleiben soll, dann muss jetzt gehandelt werden, weil wir alle gemeinsam eine Verantwortung haben.

(Beifall von der SPD)

Aber leider setzt sich der Trend von sozialer Flickschusterei statt dem echten Willen zu Veränderungen auch in diesem Haushalt fort. Die drängenden Themen unserer Zeit werden nicht ernsthaft angepackt. Ich möchte das hier an einigen Punkten konkretisieren:

Es ist gut, dass der Minister in der letzten Woche endlich bekannt gegeben hat, dass die Winterhilfe auf 850.000 Euro aufgestockt wird. Aber leider kam auch diese Zusage wieder extrem spät. Die sozialen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen haben deutlich mehr Respekt für ihre Leistungen verdient. Deshalb bleibt es uns ein Rätsel, weshalb die Landesregierung diese Zusage nicht deutlich früher getroffen hat.

(Beifall von der SPD – Marco Schmitz [CDU]:
Wir haben zumindest erhöht!)

Das vorgesehene Geld soll besonders für Schlafsäcke, Wärmezelte etc. verausgabt werden – alles soweit okay, alles richtig. Aber loben kann ich Sie dafür leider trotzdem nicht, weil auch hier wieder Ihre fehlgeleitete Sozialpolitik deutlich wird. Das sind alles Maßnahmen, mit denen die Folgen einer gescheiterten Sozialpolitik zwar abgemildert werden, Sie aber auch den Status quo verstetigen.

(Beifall von der SPD)

Im Bereich der Prävention gegen Obdachlosigkeit haben Sie nämlich nicht mehr Mittel bereitgestellt. Auch der Ansatz, Menschen in eigene Wohnungen unterzubringen, kommt viel zu kurz. Es gibt viele etablierte Träger, die auf erfolgreiche Projekte schauen können. Die hätte man finanziell stärken können. Aber das muss man eben auch wollen.

Darüber hinaus wissen wir, dass das Leben auf Platte besonders für Frauen und Mädchen mit extremen Risiken verbunden ist, weil geschlechtsspezifische Gewalt auch oder gerade vor diesem Bereich der Obdachlosigkeit nicht Halt macht. Frauen und Mädchen brauchen eigene Schutzräume und Unterstützungsangebote, gerade im Bereich der Unterbringung. Hier haben Sie den Status quo zwar gehalten, aber keine weiteren dringend notwendigen Mittel bereitgestellt – und das, obwohl die aktuelle Krise und steigenden Preise immer mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen in eine finanzielle Notlage katalysieren und das Armutsrisiko rasant steigt.

Damit sind Menschen auch deutlich stärker von Einsamkeit bedroht. Das betonen der Ministerpräsident und auch Sie, liebe Grüne und CDU, immer wieder, und deshalb wollen Sie stärker dagegen vorgehen. Es stellt sich nur die Frage, wie das mit Leben gefüllt

werden soll; denn dafür braucht es Geld. Das haben Sie in diesem Haushalt offensichtlich vergessen.

(Beifall von der SPD)

Eines ist klar: Von warmen Worten wird weder die Wohnung warm noch Einsamkeit bekämpft.

Aber wie kann man Armut und drohende Einsamkeit effektiv bekämpfen? Wenn Sie uns als SPD fragen, dann durch ein selbstbestimmtes Leben. Dazu gehören Arbeit und das Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben.

Wir erleben derzeit auf dem Arbeitsmarkt eine riesengroße Herausforderung: Das ist der Fachkräftemangel. Das spüren wir doch bereits alle in unserem eigenen Alltag. Deshalb braucht es klare Konzepte, um Menschen in Arbeit zu bringen, und Konzepte, um junge Menschen bei ihrem Weg in die Arbeitswelt zu unterstützen. „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist ein sehr gutes Instrument, um junge Menschen zu unterstützen. Hier hätte man ganz einfach ansetzen können, und Sie hätten nicht mal selber drüber nachdenken müssen. Aber auch hier bleibt leider nur der Status quo erhalten.

(Beifall von der SPD)

Eine weitere Gruppe ist noch gar nicht berücksichtigt. Wir haben derzeit ca. 100.000 junge Menschen in NRW, die komplett aus dem System fallen. Das sind 100.000 ungenutzte Potenziale und Fachkräfte für unseren Arbeitsmarkt. Diese Gruppe ist besonders wichtig, aber auch besonders schwer zu erreichen. Hier braucht es ein eigenes Landesprogramm, um diese Jugendlichen abzuholen bzw. zu verhindern, dass sie überhaupt aus dem System fallen. Hier sind wir wieder bei meinem Lieblingsthema der Prävention. Aber auch dazu: nichts im Haushalt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

So werden wir die großen Zukunftsfragen in Nordrhein-Westfalen jedenfalls nicht lösen. Dafür braucht es Mut, Kreativität, Gestaltungswillen und am Ende auch Geld. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Teschlade. Ich hoffe, wir haben Sie nicht zu sehr mit der laufenden Zeitanzeige verwirrt, die falsch eingestellt war. Deswegen waren wir da jetzt sehr smart.

(Lena Teschlade [SPD]: Beim letzten Plenum wäre es noch schlimmer gewesen! Heute war es schon besser! – Zuruf von der SPD: Da guckt sie eh nicht drauf!)

– Alles gut. Herzlichen Dank. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Schmitz, und der kriegt jetzt die Redezeit richtig eingestellt.

Marco Schmitz (CDU): Ich dachte, ich hätte jetzt auch zehn Minuten. Das stand gerade bei mir. Herr Präsident, vielen Dank. Zehn Minuten hätte man auch dazu reden können. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Teschlade, wenn Sie sagen, dass Ihnen die zusätzlichen Kältehilfen jetzt auch schon wieder nicht ausreichen und dass die Folgen dadurch nicht abgemildert werden, dann sage ich Ihnen: Es hat auch etwas mit Menschlichkeit zu tun, dass man sagt, wir geben den Menschen auf der Straße noch zusätzlich für die Kältehilfe Schlafsäcke, Lebensmittel und ähnliches.

(Lena Teschlade [SPD]: Ich habe Sie auch dafür gelobt! Sie haben nicht zugehört!)

Dass das natürlich nicht die Ursache behebt, aber trotzdem die Folgen mildert, gehört bei uns in der Partei einfach mit dazu. Dafür haben wir das „C“ im Parteinamen. Deswegen machen wir das auch.

(Beifall von der CDU – Lena Teschlade [SPD]: Dafür habe ich Sie auch gelobt!)

Zu Beginn meiner Rede möchte ich einmal auf den gesamten Einzelplan 11 eingehen. Das ist ein großer Posten im Gesamthaushalt. Aber wenn man sieht, wie viele Mittel zur Vergabe durch die Verwaltung und die Politik zur Verfügung stehen und wie viele Mittel nur an die Kommunen durchgereicht werden, dann relativiert das die Höhe etwas.

Bedanken möchte ich mich vor allem bei den Mitarbeitern des MAGS, die auch in diesem Jahr wieder in mühevoller Arbeit einen Haushalt aufgestellt haben, der vor allem den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zugutekommt. Gerade in diesem Wahljahr mit der verkürzten Haushaltsaufstellung, nach zwei Jahren Corona und jetzt in der Energiekrise sind diese Leistungen besonders zu würdigen. Herzlichen Dank dafür an das Haus.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Zukunftscoalition hat sich die Fachkräftesicherung als ihren Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode auf die Fahnen geschrieben. Wir benötigen gut ausgebildete Arbeits- und Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt, und einige Branchen können jetzt schon ihre freien Stellen nicht mehr besetzen.

Wir müssen daher die berufliche Bildung in Nordrhein-Westfalen in unseren Blick nehmen. NRW muss zum Berufsbildungsland Nummer eins werden. Ein wichtiges Instrument dabei ist die von uns gestartete Fachkräfteoffensive. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung fest verankern, und darauf zielen viele unserer Initiativen, die wir bereits gestartet haben und die wir in den nächsten Jahren starten werden, ab.

Mit zusätzlichen 12,36 Millionen Euro für die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung erhöhen wir die Förderung in diesem Bereich auf insgesamt 23,9 Millionen Euro. Wir ermöglichen damit in 2023 über 160.000 Teilnahmen an ÜBL-Kursen, eine wirklich herausragende Zahl.

Auch auf der gehobenen Ebene werden wir die Meisterprämie mit 2.500 Euro einführen und damit auch die Attraktivität der Meisterfortbildung erhöhen. Auch hier geht es um die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung. Im Haushaltsjahr 2023 finden sich dafür 5,5 Millionen Euro, und in den Folgejahren sind jeweils 11 Millionen Euro dafür vorgesehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ stehen 14 Millionen Euro aus Landesmitteln bereit, für das Werkstattjahr weitere 6,5 Millionen Euro, die aus dem ESF gespeist werden. Wir schaffen es damit, Jugendliche mit schlechten Berufseinstiegschancen zu fördern, im kommenden Jahr mit 29,2 Millionen Euro aus Landesmitteln.

Wir haben Projekte auf den Weg gebracht, die Langzeitarbeitslose und ihre Familien wieder integrieren. Wir setzen das Teilhabechancengesetz bei uns in Nordrhein-Westfalen erfolgreich um. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist uns eine Herzensangelegenheit und wird daher mit rund 7,6 Millionen Euro aus Landesmitteln unterstützt.

Unser gemeinsames Ziel für Nordrhein-Westfalen ist es – ich hoffe, an dieser Stelle für Sie alle zu sprechen –, die Zeichen der Neuausrichtung des Arbeitsmarktes zu erkennen und alle Beteiligten optimal zueinander zu bringen und dabei nie diejenigen außer Acht zu lassen, die sich ohne unsere Unterstützung nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt etablieren können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Das war aber viel Zeit!)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Schmitz. Sie haben festgestellt, dass wir weiterhin mit der Technik gekämpft haben, was Ihnen zugutekam.

Für die FDP-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Gebauer, und da stimmen die Zeiten jetzt von Anfang an – glaube ich.

(Thorsten Klute [SPD]: Hoffen wir! – Angela Freimuth [FDP]: Wir werden sehen! – Thorsten Klute [SPD]: Wir werden sehen! Genau!)

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Albert Einstein hat einmal gesagt:

„Persönlichkeiten werden nicht durch schöne Reden geformt, sondern durch Arbeit und eigene Leistung.“

Daraus könnte man vielleicht auch ableiten, dass Arbeit ein Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Aufstieg ist. Sie ist aber noch weit mehr. Mit Ausbildung, Qualifizierung und der Integration in den Arbeitsmarkt können wir Armut vorbeugen. Insofern ist eine abgeschlossene Berufsausbildung der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Gerade der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf ist für junge Menschen entscheidend, um ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können. Deshalb ist es sinnvoll und auch erfreulich, dass mit diesem Haushalt viele Initiativen der vorherigen Landesregierung zum Übergang von Schule in Ausbildung fortgesetzt werden, und einige davon möchte ich jetzt hier ansprechen.

Mit dem Ausbildungsprogramm für Jugendliche mit mehreren Vermittlungshemmnissen – so heißt das – fördert das Land seit dem Jahr 2018 zusätzliche Ausbildungsplätze in Regionen mit ungünstiger Bewerberstellenrelation. Die Berufseinstiegsbegleitung unterstützt die Schülerinnen und Schüler mit schlechteren Startchancen beim Übergang in eine Ausbildung. Nach dem Auslaufen der Bundesförderung hat das Land in den letzten Jahren auch schrittweise die Finanzierung übernommen.

Auch das Werkstattjahr wird fortgesetzt. Mit der Verbindung von beruflicher Qualifizierung und betrieblichen Praxisphasen soll es noch nicht ausbildungsreife Jugendliche auf die Aufnahme einer Berufsausbildung vorbereiten.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang ungern daran, wie die Grünen lange Zeit die Umstellung von der Produktionsschule zum Werkstattjahr abgelehnt haben. Ich bin froh und dankbar, dass sich Minister Laumann mit einer stärkeren Ausrichtung auf die unternehmerische Realität hat durchsetzen können.

(Beifall von der FDP)

Wir begrüßen aber nicht nur die Fortsetzung guter Initiativen der vorherigen Landesregierung, sondern natürlich auch die verstärkten Anstrengungen zur Gewinnung von Fachkräften. Der Fachkräftemangel ist eine der großen aktuellen Herausforderungen – das wurde ja heute an dieser Stelle schon mehrfach betont – und betrifft viele Bereiche unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

Ich darf Ihnen aber sagen: Wir Freien Demokraten treten für eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ein und wollen die Durchlässigkeit zwischen beiden Bildungswegen auch steigern. In dieser Hinsicht können die vorgesehenen Maßnahmen dieser Fachkräfteoffensive nur ein erster Schritt sein. Wir würden uns nach wie vor auch ein klares Bekenntnis zu dieser Gleichwertigkeit und

Durchlässigkeit wünschen, das wir bisher so explizit von Schwarz-Grün noch nicht gehört haben.

(Beifall von der FDP)

Energiekrise und Preissteigerungen infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine stellen nicht nur eine große Belastung für viele Menschen dar, sie gefährden auch die sozialen Infrastrukturen in unserem Land. Deshalb müssen wir die in ihrer Existenz gefährdeten Einrichtungen und Dienste wirksam, aber auch treffsicher entlasten. Um drohende Einschnitte in der sozialen Infrastruktur zu vermeiden, hatten wir bereits in den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2022 einen Härtefallfonds in Höhe von zunächst 150 Millionen Euro gefordert.

Die Landesregierung will nun zwar weiteres Geld für ein Hilfspaket bereitstellen, sie lässt die Hilfesuchenden aber weiter im Unklaren darüber, in welchem Umfang und nach welchen Kriterien dabei soziale Einrichtungen und Dienste berücksichtigt werden. Das heißt, derzeit liegen immer noch keine Informationen über die genaue Ausgestaltung des Hilfspaketes vor. Vielmehr sollen mit den Strichansätzen in den neuen 22er-Kapiteln die Verteilung der Hilfsmittel nicht konkret im Haushalt festgelegt werden, sondern erst später von der Landesregierung – wir haben heute gehört, dass es der 20. Dezember werden soll – vorgeschlagen und dann auch nur im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen werden.

Dieses Vorgehen der Landesregierung – das haben wir heute Morgen in aller Deutlichkeit dargelegt – lässt aus unserer Sicht viele rechtliche und haushaltstechnische Fragen offen. Wir erwarten hier mehr Transparenz und eine zeitliche Klarstellung, wie das Hilfspaket für unsere Einrichtungen und Dienste ausgestaltet werden soll. Einem Haushaltsplanentwurf, der in den entscheidenden Punkten am Ende des Tages so viele Fragen offenlässt, können wir nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Kollegin Wenzel.

Jule Wenzel¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Die Politik – die Regierungen, ob im Bund, in NRW oder in den Kommunen – ist jetzt etwa seit zwei Jahren im Krisenmodus. Ob Corona, Ukraine oder Energiekrise – all das stellt uns vor nicht gekannte Herausforderungen, auch in diesem Haushaltsverfahren. Deshalb ist der Haushalt, den wir hier vorlegen, so wichtig; denn er muss – und das tut er auch – Wege und Perspektiven für die Zukunft aufzeigen.

Auch wenn die Krisen viele aktuelle Entscheidungen stark beeinflussen, dürfen wir nicht vergessen, dass wir immer noch viele strukturelle Fragen zu beantworten haben, dass wir in NRW alles tun müssen, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gleichzeitig steht für uns fest: Armut war schon vor den aktuellen Krisen ein strukturelles Problem in unserem Land, das jetzt nur noch verschärft wird. Daraus leitet sich für uns ein großer Anspruch ab. Wir wollen, dass dieser Strukturwandel, dass der sozial-ökologische, transformationsfähige und krisenfeste Industriestandort ein Gewinn für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ist, dass die Menschen davon profitieren, dass wir jetzt für sie anpacken.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dabei ist klar: Wir erleben auch eine der größten Krisen auf dem Arbeitsmarkt. Der Fach- und Arbeitskräftemangel hat sich zunehmend zugespitzt. Wir wollen daher die Ausbildung attraktiver machen, wir weiten die Finanzierung von Unterstützungs- und Coachingangeboten wie „Kurs auf Ausbildung“ oder das Ausbildungsprogramm NRW aus, damit Jugendliche und Betriebe besser zueinander finden. Wir führen trotz der schwierigen Haushaltslage das erfolgreiche Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ weiter. Wer die berufliche Ausbildung attraktiver machen will, muss sie auch finanziell mit der akademischen gleichstellen. Wir wenden 5,5 Millionen Euro für die Meisterprämie auf und investieren so in die Zukunft des Handwerks unseres Landes.

Ja, das schafft mehr Fachkräfte, und davon profitiert der Wirtschaftsstandort NRW. Aber vergessen wir nicht, dass jede Fachkraft, jede abgeschlossene Ausbildung, jeder Meister, jeder Mensch im festen Arbeitsverhältnis einer ist, der selbstbestimmt und unabhängig sein Einkommen erwirtschaften kann.

Doch wir müssen auch denjenigen helfen, denen es schlechter geht. Auf der Landesarmutskonferenz in der nächsten Woche werden wir gemeinsam mit Engagierten und Betroffenen einen Aktionsplan gegen Armut erarbeiten und den Kampf gegen Armut in den Fokus unseres politischen Handelns rücken.

Wir fördern mit der Initiative „Endlich ein Zuhause“ auch strukturell den Kampf gegen Wohnungslosigkeit in NRW. Das haben Sie in Ihrer Rede gerade vielleicht ausgelassen, Kollegin Teschlade. Mit einer Verdoppelung der Mittel für die Kältehilfe auf 850.000 Euro unterstützen wir den Kampf gegen die Kälte in den Kommunen; denn wir lassen niemanden kalt auf dem Boden sitzen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit 4 Millionen Euro legen wir das Programm „Zusammen im Quartier“ für Kinder und Jugendliche in

Armut neu auf. Auch die Tafeln unterstützen wir in der aktuellen Notsituation mit 2 Millionen Euro.

Lassen Sie mich eins sagen: Armut, Wohnungslosigkeit und Tafeln sind keine Zustände, die es in einem reichen Land wie Deutschland geben sollte.

(Beifall von Lena Teschlade [SPD])

Wir werden in den nächsten Jahren weiterhin daran arbeiten, um dieses Problem auf einer strukturellen Ebene zu lösen. Der Aktionsplan gegen Armut, den ich schon erwähnt habe, ist da ein erster Schritt.

Aber solange es Wohnungslosigkeit gibt, solange es Menschen gibt, bei denen das Geld fürs Essen knapp wird, solange müssen wir auch diejenigen fördern, die die akute Not dort jeden Tag lindern. Ja, dafür geben wir Geld. Aber von dieser Stelle spreche ich auch ein wirklich ernst gemeintes Dankeschön an die vielen Haupt- und Ehrenamtlichen in den Kommunen vor Ort, die sich bei Trägern oder frei jeden Tag gegen Armut, Hunger und Wohnungslosigkeit engagieren, aus.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Menschen mit Behinderung werden viel zu oft noch vom alltäglichen Leben ausgeschlossen. Aber Inklusion ist ein Menschenrecht. Wir fördern im Haushalt dafür die sieben Kompetenzzentren „Selbstbestimmt leben“ und das Projekt „Inklusion vor Ort“ in vier Modellkommunen und setzen darüber hinaus eine interministerielle Arbeitsgruppe Inklusion ein.

Inklusion muss ein Kerngedanke der Sozialpolitik der Landesregierung sein. Sie muss aber auch Leitbild für alle anderen Ressorts sein; denn Inklusion muss in allen politischen Fachbereichen mitgedacht und umgesetzt werden. Auch hier kann man im Haushalt nicht alle Probleme lösen, aber wir gehen sie beherzt an.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss noch die Hilfe für soziale Träger*innen ansprechen. Auch uns als schwarz-grüne Koalition ist es ein Herzensanliegen, den Menschen, die jeden Tag helfen, aus der Krise zu verhelfen. Sie haben gesagt, ich hätte nur nach Berlin verwiesen. Ich möchte noch einmal richtigstellen, dass an dieser Stelle der Bundesgesundheitsminister eigentlich angekündigt hatte, ein solches Paket anzulegen. Ich freue mich, wenn wir gemeinsam dazu kommen, mit diesem Krisenbewältigungspaket die sozialen Einrichtungen in unserem Land zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Wenzel. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schmitz führte es vorhin schon aus: Bei einem Haushalt, der zwar beachtlich ist, bei dem aber weit über 90 % versteinert sind, wo eigentlich nur Posten durchgereicht werden, bleibt wenig Platz für Kreativität. Daher hätte ich, getreu dem Motto: „Ein Pferd springt nur so hoch, wie es muss“, meine Rede aus dem letzten Jahr wiederholen können. Das wäre wahrscheinlich den wenigsten aufgefallen.

(Heiterkeit von Enxhi Seli-Zacharias [AfD])

Ich habe mich aber stattdessen dafür entschieden, die Redezeit mit zwei Anekdoten zu füllen.

Anekdote eins kommt aus der Weltraummedizin, ein relativ kleines noch relativ neues Fach der Medizin, was viele Besonderheiten des menschlichen Körpers in einer neuen Umgebung untersucht. Da gibt es einige Spezifikationen, zum Beispiel dass Keimfreiheit oder Keimärme im Universum bzw. im Vakuum den menschlichen Körper vor gewisse Herausforderungen stellt. Dazu kommen wir gleich noch im Teil Gesundheit zu der Frage, was passiert, wenn man das menschliche Immunsystem nicht trainiert.

Ein weiterer Punkt ist, dass aufgrund der fehlenden Schwerkraft der Kopf schwillt – ganz spannend –, aber worauf ich eigentlich hinaus möchte: Im Vakuum wird Wärme nicht gut abgeleitet. Man kann nur durch Strahlung Wärme abgeben, deshalb bildet sich um einen Menschen, der – nur einmal angenommen – einfach so im Raum steht, ein gewisses Wärmeschild. Die Wärme nimmt immer weiter zu, und wenn man sie nicht künstlich ableitet, stirbt man irgendwann an der vom eigenen Körper gut gemeinten Wärme, die er erzeugt, um den Körper auf 37 °C zu halten. Es gibt einen Hitzestau, und das führt zu Problemen. Behalten Sie das in Erinnerung.

Zweiter Sprung: Wir gehen jetzt nach Knossos, und zwar in eine der ersten Kulturen zur Bronzezeit. Wenn Sie Glück hatten und im Geschichtsunterricht aufgepasst haben, haben Sie vielleicht mitgekriegt, dass es den sogenannten Bronze Age Collapse gab. Man weiß noch nicht genau, warum das so war,

(Zuruf von Rodion Bakum [SPD])

warum die Weltbevölkerung damals dramatisch abnahm und warum Hochkulturen wie beispielsweise in Knossos plötzlich eingebrochen sind und es dort über Jahrhunderte hinweg de facto nur noch sehr wenige Menschen gab.

Es gibt dazu aber einige Theorien. Eine sehr dominante Theorie, mit der man versucht, das zu erklären, geht davon aus, dass diese Gesellschaften tat-

sächlich sogar sehr erfolgreich waren. Als man mit der Sesshaftigkeit angefangen hat, Ackerbau zu betreiben, wurden diese Gesellschaften sehr erfolgreich. Es gab immer mehr Menschen – bei diesem Punkt wird es auch für uns spannend –, die nicht mehr mit der reinen Nahrungsmittelbeschaffung beschäftigt waren. So konnte das Korn an eine Priesterkaste abgegeben werden. Wenn Sie Zeit haben, können Sie mal die schönen Gebäude in Knossos besichtigen. Das ist sehr hübsch. Das Korn, das dort gesammelt wurde, wurde dann an andere verteilt. Es gab einen großen Aufwuchs an Personen, die nicht mehr mit dem Notwendigsten, also dem Ackerbau bzw. dem Beschaffen von Nahrungsmitteln oder dem Errichten von Gebäuden, beschäftigt waren.

Der große Kollaps kam, als sich in der Umgebung plötzlich die Bedingungen für den Ackerbau änderten, es also einen Wettereinbruch gab. Für die damalige Zeit wird eine Abkühlung vermutet. In der Menschheitsgeschichte waren Abkühlungen übrigens deutlich schlimmer als Erwärmungen der Erde, das hat tatsächlich mehr Menschenleben gekostet. Das jedenfalls führte dazu, dass die Kulturen in der Bronzezeit einen regelrechten Kollaps erlitten haben, weil immer weniger Menschen mit dem Wesentlichen beschäftigt waren und immer mehr Menschen von staatlichen Abgaben lebten. Das führte am Ende dazu, dass sich keiner mehr ernähren konnte und diese Gesellschaften kollabierten.

Warum erzähle ich Ihnen das alles? – Ich sehe es an Ihren Gesichtern.

(Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD:
Um die Zeit zu füllen! – Dr. Günther Bergmann
[CDU]: Gute Frage!)

Weil es gute Ableitungen für die aktuelle Situation ermöglicht. Wir sehen in der aktuellen Situation: Die Ausgaben für Soziales steigen von Jahr zu Jahr. Das ist ein Stück weit verständlich, schon weil die Haushaltseinnahmen auch immer weiter steigen. Aber wir sehen, dass das Leid dadurch nicht unbedingt gemindert wird, es gibt immer noch Obdachlosigkeit, es gibt immer noch Menschen, die leidend sind.

Die Bundesrepublik Deutschland gibt mittlerweile jeden dritten in der Republik erwirtschafteten Euro für Soziales aus, und das meint nicht nur jeden dritten Euro des Haushalts, sondern wie gesagt jeden dritten überhaupt erwirtschafteten Euro. Das geschieht in einer Zeit, in der es wegen des demografischen Wandels absehbar eine Abnahme der Leistung gibt, also weniger Geld verteilt werden kann. Wir stehen somit vor einer Situation – und jetzt wird es weniger spaßig, sondern sehr ernst –, in der wir uns die Sozialausgaben absehbar schlichtweg nicht mehr leisten können. Und hier sprechen wir nicht von einem Zeithorizont der nächsten 30 oder 60 Jahre, sondern wahrscheinlich eher der nächsten 15 Jahre, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen.

Niemand spart gerne bei Obdachlosen, niemand spart gerne bei der Aidshilfe, niemand spart gerne beim sozialen Arbeitsmarkt, aber es ist absehbar, dass das von unserem Staat nicht mehr leistbar sein wird. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, wie ein Sozialstaat organisiert werden muss, wenn die Gesellschaft sich das schlichtweg nicht mehr leisten kann, aber nicht zusammenbrechen möchte wie frühere Kulturen in der Bronzezeit oder der Eisenzeit.

Wir als AfD liefern Ihnen natürlich direkt eine Lösung dafür: Der Schlüssel ist, deutlich mehr in Arbeit zu investieren. Das Beispiel aus der Bronzezeit hat gezeigt, dass wir die Menschen, die sich aktuell im Sozialsystem befinden, deutlich häufiger an Arbeit heranzuführen und deutlich mehr dafür machen müssen, dass sie wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden.

(Zuruf von Lena Teschlade [SPD])

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, die Redezeit.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Ich komme zum Ende, Herr Präsident. – Das wird auch dazu führen, dass diese Gesellschaft insgesamt mehr vorankommt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat einen klaren Kompass in der Arbeitsmarkt- und in der Sozialpolitik. Der Kompass ist heute natürlich ein anderer als vor vielen Jahren. Vor vielen Jahren waren in Nordrhein-Westfalen, wie in ganz Deutschland, Massenarbeitslosigkeit, Vorruhestand bzw. die soziale Begleitung dieser Probleme die ganz großen Themen.

Heute vergeht kein Tag, an dem der Arbeitsminister und sicherlich auch Sie als Abgeordnete nicht mit einem gravierenden Arbeitskräftemangel konfrontiert werden, der in vielen Bereichen so ausgeprägt ist, dass wir die Versorgung nicht mehr so hinbekommen, wie wir alle uns das vorstellen. Deswegen ist es natürlich wichtig, an dieser Frage zu arbeiten.

Es hat für mich natürlich auch absolute Priorität, dass wir diejenigen Menschen, die in Nordrhein-Westfalen immer noch von Arbeit ausgeschlossen sind, in Arbeit bringen. Zur Stunde gibt es in beiden Sicherungssystemen ein Potenzial von rund 600.000 Leuten. Hier muss der Fokus natürlich ganz besonders

auf diejenigen liegen, die jung sind, damit wir sie, durch eine gute Berufsausbildung stabilisiert, in den Arbeitsmarkt bringen können.

Deswegen ist für uns ganz wichtig, auch bei der Fachkräfteoffensive, dass wir sehr stark in die Berufsausbildung investieren, natürlich zusammen mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. In den landesfinanzierten Programmen, die in Ausbildung münden, Ausbildung vermitteln sollen, sind mittlerweile mehrere Tausend junge Leute.

Das Ziel von mir ist vollkommen klar: Wir müssen es in dieser Wahlperiode, auch mit dem Ausbildungskonsens, zusammen hinbekommen, dass jeder junge Mensch, der das Schulsystem verlässt, in einem Ausbildungssystem landet.

Ein weiterer Punkt: Wir müssen endlich bei der Frage der Gleichwertigkeit von dualer und akademischer Ausbildung Ernst machen. Hier setzen wir in diesem Haushalt zwei Schwerpunkte: Der eine ist, dass wir ein Drittel der Finanzierung der ÜBS übernehmen, und damit das erste Bundesland in Deutschland sind, das sagt: ein Drittel Handwerk, ein Drittel der Staat auf Landesebene, ein weiteres Drittel der Staat auf Bundesebene.

Zusammen mit den anderen Förderungen, die es für den Meisterbrief gibt, setzen wir Nordrhein-Westfalen mit der Meisterprämie um, dass junge Handwerkerinnen und Handwerker demnächst ohne große eigene finanzielle Beteiligung einen Meisterbrief machen können.

Wir müssen auch an den Übergangssystemen weiterarbeiten, damit sich mehr Leute für die duale Ausbildung entscheiden können. Da haben wir ein großes Problem in den Gymnasien.

Es ist unser Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen auch die Welt der dualen Ausbildung kennenlernen, damit sie sich bewusst für den einen oder für den anderen Weg entscheiden können. Dafür müssen sie aber beide Wege kennen.

An dieser Stelle ist KAOA wichtig. Zusammen handelt es sich um ein Volumen von 60 Millionen Euro, das in dieses Übergangssystem gesteckt wird. Ich finde, dass es auch unsere Aufgabe ist, im Rahmen des Ausbildungskonsenses zu schauen, ob die Praxis in allen Bereichen der Schülerinnen und Schüler zurzeit so aussieht, dass sie auch unserem Ziel dient.

Ein weiterer Punkt ist die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Da haben wir in Deutschland ein ganz dickes Problem mit der Anerkennung von Berufsausbildungen, die nicht so wie in Deutschland organisiert sind, und der Vergleichbarkeit der Qualifikationen.

Im Gesundheitssystem, in dem wir die sogenannten reglementierten Berufe haben, sind wir da mittlerweile ganz gut. Wir erkennen jedes Jahr etwa 2.000

Ärzte und etwa 5.000 Pflegekräfte aus dem Ausland an.

Wenn Sie sich einmal die Anerkennungsberichte der beiden Kammern anschauen, sehen Sie aber, dass es bei der IHK und beim Handwerk zusammen pro Jahr 1.000 Leute in Deutschland sind. Das kann nicht so bleiben. Denn außer Deutschland und Österreich hat keiner das System, das wir haben. Wenn wir für ausländische Arbeitskräfte wirklich attraktiv sein wollen, müssen wir deren Berufsabschlüsse besser und fairer in den Qualifikationsrahmen übersetzen, den wir haben. Das ist ein ganz entscheidender Punkt dafür, Menschen, die zu uns gekommen sind – ob wegen des Arbeitsmarktes oder auch wegen Flucht –, gut in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren.

(Beifall von der CDU und Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Außerdem ist der Bereich des Sozialen wichtig. Da setzen wir in der Armutsbekämpfung ganz große Schwerpunkte. Wir haben im Haushalt zurzeit rund 14 Millionen Euro für den Bereich der Ärmsten der Armen, also der Obdachlosigkeit. „Endlich ein ZUHAUSE!“ hat 5.600 Leute in Wohnungen gebracht und ist damit eines der erfolgreichsten Modelle Deutschlands, um obdachlose Menschen in Wohnungen zu bringen. Wir werden auch bei diesem Thema sehr engagiert weiterarbeiten. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Minister Laumann.

Wir sind somit am Schluss der Aussprache zu Teil a) – Arbeit, Soziales – gelangt und kommen zu:

b) Gesundheit

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat als Erster der Kollege Klute für die SPD-Fraktion.

Thorsten Klute (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gesundheitsbereich und in der Gesundheitspolitik ist gerade eine ganze Menge Musik drin. Da stehen große Veränderungen bevor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, ich dachte mir: Ich mache es heute mal ein bisschen so wie Sie und zeige mit dem Finger nach Berlin.

(Marco Schmitz [CDU]: Tue ich gleich auch noch! – Heiterkeit von der SPD)

Der Bundesgesundheitsminister hat gestern Pläne einer Regierungskommission für Veränderungen vor

allem im Fallpauschalensystem vorgestellt. Das hat große Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen. Und das ist gut so. Denn wenn man sich die Situation in den Kinderkliniken bei uns in Nordrhein-Westfalen in diesen Wochen anschaut, muss man sagen: Es ist gut, dass endlich das System der Fallpauschalen reformiert, verändert und grundlegend geändert wird. Es ist gut, dass Minister Lauterbach, der erst seit einem Jahr im Amt ist, und die Ampel, die erst seit einem Jahr in Berlin im Amt ist, dies aufgreifen.

Hätten die Minister Gröhe und Spahn das in den letzten acht Jahren schon gemacht, wäre die Situation in unseren Kinderkliniken möglicherweise besser, als sie heute ist. Gut, dass es jetzt geschieht! Schade, dass in den letzten Jahren nichts geschehen ist!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Aber Bund und Länder müssen dabei sehr gut zusammenspielen und zusammenarbeiten.

(Zuruf von Dr. Günther J. Bergmann [CDU])

Krankenhausinvestitionen zur Verfügung zu stellen, ist im Föderalismus in Deutschland Länderaufgabe. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe.

(Zuruf von Dr. Günther J. Bergmann [CDU])

– Ich verstehe ja, dass es Sie nervös macht, wenn man Sie daran erinnert, was in den letzten acht Jahren während der Amtszeit Ihrer CDU-Gesundheitsminister im Bund nicht geschehen ist. Aber Sie müssen sich das schon mal anhören.

(Zuruf von Dr. Günther J. Bergmann [CDU])

Wir haben hier große Aufgaben im Investitionsbereich. Dabei ist zunächst einmal zu respektieren, Herr Minister Laumann, dass für die Umsetzung des Krankenhausplans 2,5 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren im Haushaltsplan vorgesehen sind. Wenn wir aber sehen, was das Investitionsbarometer in Nordrhein-Westfalen für die Kliniken vorsieht – es sagt, dass wir in den letzten Jahren Jahr für Jahr eine Lücke von 1,2 Milliarden Euro bei den Investitionen gehabt haben; dabei ist die Inflation noch nicht eingerechnet –, dann wissen wir, dass wir deutlich mehr Investitionen brauchen. Wir brauchen sie nicht nur für die Umsetzung des Krankenhausplans, sondern gerade auch, um den Rückstau, den Stau der Investitionen in unseren Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen zu beseitigen.

Deswegen beantragen wir 2 Milliarden Euro zusätzlich.

(Beifall von Rodion Bakum [SPD])

Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, können Sie Landespolitik machen. Wir helfen Ihnen gerne, dies beim Finanzminister durchzusetzen, Herr Minister Laumann.

(Beifall von der SPD)

Das wird einen großen Teil des nächsten Jahres bei uns ausmachen, aber nicht der einzige sein. Wir haben übermorgen auch den Entschädigungsfonds für die Opfer des Apothekerskandals in Bottrop auf der Tagesordnung. Um es klarzumachen: Wir sind uns in der Zielsetzung hier im Parlament einig. Für uns ist aber ganz besonders wichtig, dass alle potenziellen Opfer entschädigt werden können und dass es dabei keine Lücke im Haushalt gibt. Gerade deshalb stellen wir hier den Antrag, noch einmal aufzustocken.

Lückenhaft ist der Haushalt des Landes auch im Bereich der Kurkliniken. Bei dem, was nicht über den Krankenhausplan finanziert wird und auch durch wegfallende Coronamittel nun nicht mehr berücksichtigt wird, müssen wir nachbessern. Deswegen nehmen wir das, was Frau Ministerin Feller in Vertretung von Minister Laumann in der letzten Plenarsitzung hier angekündigt hat, sehr beim Wort. Wir werden genau darauf achten, dass tatsächlich ein Hilfsfonds zur Verfügung gestellt wird. Noch findet er sich nicht im Haushalt. Wir nehmen ihn auf.

Pflegende Angehörige sind ein Bereich, der sich bisher noch mit keiner Perspektive im vorliegenden Haushaltsplanentwurf befindet. Gerade weil diese Menschen in den vergangenen Monaten eine aus unserer Sicht zu kleine Rolle gespielt haben und weil in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten die Rolle der pflegenden Angehörigen, die in den nächsten Jahren sehr viel wichtiger sein wird, keine Rolle gespielt hat, haben wir den Antrag gestellt, dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt und eine Anhörung beantragt. Wir laden Sie alle herzlich ein, gemeinsam daran zu arbeiten, wie wir Unterstützung für pflegende Angehörige leisten können.

(Beifall von der SPD)

Zum Abschluss: Liebe Kolleginnen und Kollegen vor allem der Grünen, tatsächlich etwas sprachlos hat mich gemacht, dass dieser Haushaltsplanentwurf Kürzungen bei der Aidshilfe vorsieht. Ehrlich gesagt, hätte ich das nicht gedacht. Die Aidshilfe braucht in dieser Situation mehr und nicht weniger Geld. Ich habe die ganz große Hoffnung, dass wir es gemeinsam hinbekommen, doch noch die Kurve zu kriegen, dass Sie die Kurve kriegen. Ich glaube, dass das Geld da gut angelegt ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Kollegen Marco Schmitz das Wort.

Marco Schmitz (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diese Legislaturperiode dazu nutzen, der Gesundheitspolitik eine noch höhere Bedeutung zukommen zu lassen, als

wir es in den letzten fünf Jahren ohnehin schon gemacht haben.

(Beifall von Jens-Peter Nettekoven [CDU] und Britta Oellers [CDU])

Einen hohen Stellenwert wird dabei die Krankenhausplanung haben. Wir haben den Anspruch, die Versorgungsziele, die Qualitätskriterien und die Bedarfe standortgenau zu steuern. Wir werden Investitionen in Gebäude und Anlagegüter tätigen.

Dieses Vorhaben kostet sehr viel Geld. Das Land muss das mit Fördermitteln unterlegen. Mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro schreiben wir die Umsetzung der neuen Krankenhausplanung fest.

Lieber Kollege Klute, jetzt möchte ich noch auf den gestrigen Tag eingehen. Wir waren gestern ja gemeinsam bei der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen beim Krankenhaustag. Da waren alle ähnlich überrascht über das, was Herr Lauterbach gestern Morgen verkündet hat. Was der Bundesgesundheitsminister dort macht, lehnt sich ja schon sehr nah an das an, was wir in Nordrhein-Westfalen vorgemacht haben.

Es ist nur so, dass wir mit der Planung fünf Jahre früher dran gewesen sind. Wir sollten aus meiner Sicht an unserer Planung in der Form, wie wir sie in Kooperation mit den Kostenträgern, den Leistungsträgern, den Krankenkassen, den Krankenhäusern und allen anderen Beteiligten gerade umsetzen, festhalten.

Wenn wir uns darauf verlassen und warten, bis das von Berlin aus umgesetzt wird, sind unsere Krankenhäuser hier nicht mehr sicher. Dann ist die medizinische Versorgung in Nordrhein-Westfalen nicht mehr gesichert. Deswegen bin ich froh, dass wir seit Jahren die Krankenhausplanung durchführen und das jetzt auch mit Geld unterlegt haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Noch ein weiterer Aspekt: Die Krankenhausplanung muss Ländersache bleiben und darf nicht von Berlin aus gesteuert werden. Wenn es da gute Ideen gibt, werden wir sie bei einer zukünftigen Planung einarbeiten. Grundsätzlich laufen aber unser Zeitplan und unsere Planung zum Wohle der medizinischen Versorgung der Menschen im urbanen und ländlichen Raum.

(Beifall von Dr. Günther Bergmann [CDU] und Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Wir haben aber nicht nur die Mittel für die Krankenhausplanung, sondern auch die Pauschalförderung angehoben. Wenn das von Ihnen kritisiert wird und Sie sagen, Sie wollten da noch mal 2 Milliarden Euro mehr haben, dann frage ich mich, was Sie denn getan haben. Wir haben das in den letzten fünf Jahren

schon Jahr für Jahr gemacht. In Ihrer letzten Legislaturperiode ist es aber nicht angehoben worden.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Nichts ist da passiert!)

Daher kam doch dieser Investitionsstau, den wir jetzt mühsam wieder abzarbeiten versuchen.

(Thorsten Klute [SPD]: Sie regieren doch nicht erst seit gestern!)

Das dann auch noch zu kritisieren, finde ich sehr schwierig. Wir machen es mit Maß und Mitte und setzen die Gelder dafür auch ein.

(Beifall von der CDU)

Damit wollen wir die Gesundheitsversorgung auf sichere Beine stellen und den Krankenhäusern eine unabhängige und unternehmerische Stabilität bei ihrer Planung bieten.

Darüber hinaus wollen wir eine qualitativ hochwertige ambulante Versorgung gewährleisten. Hierzu zählen die Geburtshilfe genauso wie der Kinderschutz und die Kinderambulanzen, Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung und das Hausärzteprogramm.

Wir werden auch die Hilfe- und Beratungsstellen für HIV – Sie haben das eben angesprochen – und andere sexuell übertragbare Krankheiten weiterhin mit knapp 4,6 Millionen Euro fördern.

Zu dieser Geschichte, es gebe eine Kürzung, ist Folgendes zu sagen: Die Aidshilfen haben im letzten Jahr 100.000 Euro Coronahilfen bekommen. Das ist das Einzige, was jetzt weggefallen ist. Die Förderung der Aidshilfen ist nicht gesenkt worden. Wir werden sie weiter fördern. Wir werden aber auch mit Trägern über eine zukunftsfähige Finanzierung diskutieren. Ich denke, dass es da sicherlich eine Lösung geben wird.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Für die Digitalisierung im Gesundheitswesen stellen wir rund 6,8 Millionen Euro zur Verfügung. Dabei liegt der Schwerpunkt natürlich auf dem Virtuellen Krankenhaus, das in seiner jetzigen Form bundesweit einzigartig ist und das wir in dieser Legislaturperiode für weitere Fachbereiche ausbauen wollen. Im Jahr 2023 werden allein dafür 4,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die aktuellen Krisen hinterlassen in allen Bereichen ihre Spuren. Wir müssen unsere Anstrengungen bündeln, um unser Land zukunftsfähig und lebenswert aufzustellen. Der von der Zukunftscoalition aufgestellte Haushalt wird die beste medizinische Versorgung der Menschen in unserem Land garantieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die Fraktion der FDP hat nun die Kollegin Frau Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch das Jahr 2022 hat unser Gesundheitssystem vor besondere Herausforderungen gestellt. Wer darauf gehofft hatte, dass mit dem Übergang von der Pandemie zur Endemie wieder etwas Ruhe einkehren würde, sieht sich seit dem 24. Februar, dem Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine, eines Besseren belehrt.

Energiekrise und Preissteigerungen gefährden auch die Gesundheitsversorgung und die Pflege. In der vorherigen Debatte habe ich in diesem Zusammenhang ja schon den Erhalt der sozialen Infrastruktur angesprochen.

Einen Punkt im Haushaltsplanentwurf begrüßen wir Freien Demokraten ausdrücklich. Es ist richtig, die neue Krankenhausplanung jetzt umzusetzen und dies mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel zur Investitionsförderung zu unterstützen. Hier kann und, ich denke mal, wird Nordrhein-Westfalen zum Vorbild für den Bund werden.

Mit Blick auf den Haushalt des Einzelplans 11 wollen wir Freien Demokraten im Gesundheitsbereich allerdings ein paar andere, ein paar weitere Schwerpunktsetzungen vornehmen. Deshalb bringen wir drei Änderungsanträge ein, auf die ich ganz kurz eingehen möchte.

Erstens – Herr Klute hat sie schon angesprochen –: die Aidshilfe. Obwohl die Aidshilfen bei uns in Nordrhein-Westfalen einen wesentlichen Beitrag leisten, um Prävention zielgruppenspezifisch auszurichten, um Barrieren abzubauen, um HIV-Infektionen früher zu erkennen und um Betroffenen Wege zur Behandlung aufzuzeigen, werden die Fördermittel für die Aidsprävention im Vergleich zu 2022 um 100.000 Euro gekürzt.

Das finden wir Freien Demokraten falsch, zumal auch in diesem Sektor tätige Einrichtungen von den Kostensteigerungen massiv betroffen sind. Sollten die Aidshilfestrukturen in ihrer jetzigen Stärke nicht erhalten werden können, drohen ein Anstieg von HIV-Neuinfektionen und auch Spätdiagnosen. Daher fordern wir eine Erhöhung der Fördermittel um weitere 500.000 Euro.

(Beifall von der FDP)

Ein zweiter Punkt, der uns Liberalen wichtig ist, ist die Muttermilch. Die Muttermilch schützt Neugeborene vor Infektionen, stärkt das Immunsystem und kann für Frühgeborene auch überlebenswichtig sein.

Wenn die Milch der eigenen Mütter nicht ausreicht, sind Neugeborene auf Spendermilch angewiesen.

Dabei übersteigt der Bedarf an gespendeter Muttermilch häufig das Angebot.

Mit Essen, Dortmund, Münster und dem Klinikum Lippe in Detmold wurden in den letzten Jahren erste sogenannte Muttermilchbanken in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Dies reicht aber noch nicht aus.

Neben den fachlichen Grundlagen erfordert der weitere Aufbau von Frauenmilchbanken auch Investitionen insbesondere in Räumlichkeiten für sogenannte Milchküchen und deren Ausrüstung. Deshalb soll eine Landesförderung analog zu Niedersachsen oder auch Schleswig-Holstein den Aufbau von Frauenmilchbanken unterstützen.

Nachdem für den Aufbau von Muttermilchbanken eingestellte Mittel in Höhe von 500.000 Euro im Haushalt 2022 nicht verausgabt wurden, soll der Ansatz für 2023 nun um diese Summe gekürzt werden. Auch das halten wir Freien Demokraten für falsch. Um den Aufbau von Muttermilchbanken hier bei uns im Land tatsächlich voranzubringen, wollen wir diese Mittel im Haushalt 2023 auch wieder eingestellt sehen.

Der dritte Punkt ist leider kein schöner. Wenn es um Vernachlässigung, Misshandlung oder Missbrauch von Kindern geht, sind Kinderschutzambulanzen eine wichtige Anlaufstelle. Sie leisten Hilfe beim Erkennen von Symptomen und beim Ergreifen der richtigen Maßnahmen. Mit kindgerechter ambulanter und stationärer Diagnostik von Verdachtsfällen oder im Rahmen der Krisenintervention erweisen sich Kinderschutzambulanzen für viele Betroffene als Retter in der Not. Sie sind zudem in der Beratung und Fortbildung für medizinisches Personal, aber auch für die Eltern, für Erzieherinnen und für Lehrkräfte aktiv.

Dass in Nordrhein-Westfalen bisher 22 Kinderschutzambulanzen durch die anteilige Übernahme von Personalkosten gefördert werden, war ein wichtiger erster Schritt der vorherigen Landesregierung. Um sie aber flächendeckend ausbauen zu können, ist eine weitere Erhöhung dieser Förderung unerlässlich.

Der Haushalt der schwarz-grünen Landesregierung muss hier auf die besonderen Herausforderungen, denen das Gesundheitssystem in Nordrhein-Westfalen ausgesetzt ist, Rücksicht nehmen. Wir haben dazu konkrete Vorschläge in unseren Änderungsanträgen formuliert und hoffen insoweit auf Unterstützung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen spricht nun die Kollegin Frau Meral Thoms.

Meral Thoms (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir sind angetreten, um die Zukunft von NRW zu gestalten – für uns, für unsere Kinder und für alle nachfolgenden Generationen. Wir werden auch gemeinsam das Gesundheitssystem von morgen gestalten. Wir werden es fit für die Herausforderungen der Zukunft machen, nämlich die Alterung der Gesellschaft, den demografischen Wandel, den Fachkräftemangel – das haben wir heute schon mehrfach gehört – und auch die durch den Klimawandel steigende Krankheitslast.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

In diesem Sommer haben wir erneut gesehen, mit welcher hohen Temperaturen die Menschen bei uns zu kämpfen haben – insbesondere ältere Menschen, vulnerable Gruppen. Die Klimakrise wird in Zukunft die größte Herausforderung für die Gesundheit der Menschen sein, bei uns in NRW und auch global; da sind sich alle Expertinnen und Experten einig.

Zudem kommen hohe Energiekosten auf die Gesundheitseinrichtungen in NRW zu. Das hat natürlich mit den Folgen des Angriffskriegs auf die Ukraine zu tun. Es liegt aber auch daran, dass der Gesundheitssektor so energieintensiv ist. Der nationale CO₂-Ausstoß im Gesundheitssektor ist vergleichbar mit dem der Stahlindustrie.

Hier kommt die Krankenhausplanung ins Spiel. Ja, gestern wurde in Berlin die Reform des Vergütungssystems mit Vorhaltepauschalen vorgestellt. Das ist auch gut so. Wir sind hier in NRW mit unserer Krankenhausplanung Vorreiter – mit einer innovativen, bedarfsorientierten Krankenhausplanung, die teure Doppelstrukturen vermeidet, regionale Besonderheiten berücksichtigt und wohnortnahe Versorgung sicherstellt, auch und insbesondere im ländlichen Raum. Natürlich muss diese Reform aus Berlin mit unserer Krankenhausplanung harmonisiert werden.

Wir sind hier in NRW aber auch Vorreiter bei der Investitionsförderung und beim Klimaschutz. 2,5 Milliarden Euro werden wir in den kommenden Jahren für die Umsetzung unserer Krankenhausplanung in die Hand nehmen. Ein Drittel dieses Betrages wird für Klimaanpassungsmaßnahmen verwendet. Dies ist der Einstieg in eine Transformation unseres Gesundheitssystems hin zur Klimaneutralität.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Stärkung der Prävention. Gesundheit ist ein hohes Gut und sehr viel mehr als die Abwesenheit von Krankheit. In Kindergärten und Schulen geben wir Sport, guter Ernährung und Gesundheitswissen einen höheren Stellenwert.

Wir werden die vorhandenen Präventionsangebote bekannter machen und wollen diese besser vernetzen. Dabei haben wir insbesondere die Kinder und

Jugendlichen im Blick, die in benachteiligten Lebenslagen aufwachsen. Denn der gesunde Start in ein langes Leben darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist eine wichtige Säule in unserem Gesundheitswesen. Viel zu lange wurde er vernachlässigt. Das hat natürlich auch mit der Pandemie zu tun; dort war bei den Beschäftigten Land unter.

Die zentrale Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist Gesundheitsschutz, Prävention und auch Gesundheitsförderung. Wir stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiterhin durch die konsequente Umsetzung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Bundes und der Länder. Mehr als 100 Millionen Euro werden in den Ausbau der Personalressourcen, in die Weiterentwicklung von Beratungsangeboten und natürlich in die notwendige Digitalisierung fließen.

Wir werden darüber hinaus ambulante und stationäre Angebote bei uns in Nordrhein-Westfalen zukünftig besser verzahnen. Wir beginnen mit dem Aufbau von fünf Gesundheitsregionen in NRW als Modellprojekte.

Die Versorgung vor Ort soll auch durch gemeinwohlorientierte, multiprofessionelle Gesundheitszentren abgesichert werden. In den Gesundheitszentren arbeiten neben den Ärztinnen und Ärzten auch Community Health Nurses und weitere Gesundheitsberufe zusammen.

Zu guter Letzt wollen wir auch beim Thema „Vielfalt“ neue Impulse setzen. NRW ist vielfältig. Auch in unserem Gesundheitssystem kommen Menschen aus unterschiedlichen Kontexten zusammen. Wo Vielfalt herrscht, gibt es auch Ungleichheit. Wir werden in den kommenden Jahren mehr über Fragen von Vielfalt und Diskriminierung ins Gespräch kommen und auch ausloten, welche Handlungsbedarfe wir haben.

Was am Ende zählt: Wir werden dafür sorgen, dass sich die Menschen an allen Orten unseres Landes auf eine selbstbestimmte, inklusive und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung verlassen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ja, im ersten Haushalt ist noch nicht alles aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir, wenn wir in fünf Jahren zurückblicken, feststellen werden, dass diese Regierung uns vorausschauend durch die vielen Krisen geführt hat, und erkennen werden, dass wir die richtigen Weichen für unser Gesundheitssystem gestellt haben. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Dr. Vincentz das Wort.

(Thorsten Klute [SPD]: Geht es wieder in den Weltraum?)

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt kommt nicht die Fortsetzung meiner Rede von vorher; dafür ist das Thema zu ernst. Vielmehr möchte ich mit ein paar warmen Worten beginnen. Für ein normales Haushaltsjahr wäre der Entwurf gut. Es stehen viele gute Punkte darin. Sich bei der Krankenhausplanung auf den Bund zu verlassen und zu warten, wäre nicht gut – gerade bei den Plänen, die vorgestellt wurden –, sondern wir brauchen das Original. Es ist auch jedem in der Szene bewusst, dass der Impuls von NRW ausging; andere haben es dann kopiert. Auch die Abschaffung des Schuldgelds ist ein guter Punkt. Es stehen also einige sehr gute Dinge darin. In der Vergangenheit haben wir uns bei diesem Bereich auch gerne mal enthalten, was in der Haushaltsberatung fast eine Art Ritterschlag ist.

Es ist aber nun einmal kein normales Jahr. Wir haben einen Gesundheitsminister im Bund, der im Prinzip seit seinem Amtseintritt die Kindergesundheit sträflich vernachlässigt, ja geradezu unterordnet. Er ist jetzt auch lieber wieder in Washington und führt dort Gespräche im Weißen Haus, während hier in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen die Kinderkliniken am absoluten Limit sind.

Eine Krankenschwester, mit der ich diese Tage sprach, sagte schon zynisch: Wir leiden hier in der Kinderklinik nicht an Long COVID, sondern an Long Lauterbach.

In dieser Situation muss NRW handeln. Es gibt eine extreme Belastung für Kinder, für Familien, aber auch für das Personal, das in der aktuellen Situation regelrecht aufgerieben wird. Mir wird berichtet von weinenden Ärztinnen bei der Dienstvergabe und von Krankenschwestern, die sich krankmelden, weil sie schlichtweg nicht mehr können.

Wir können in dieser Situation nicht mehr weiter zuschauen. Es gibt an dieser Stelle tatsächlich eine Überlastung. Es gibt tatsächlich eine Triage. Patienten werden von den Kliniken abgewiesen. Es gibt die Aufrufe dazu, nur noch im absoluten Notfall die Klinik aufzusuchen. Sagen Sie das mal einem medizinischen Laien! Wie soll er denn zwischen einem Notfall und etwas ganz Normalem unterscheiden? Das wird früher oder später Kinderleben kosten. Und das sage nicht ich Ihnen, sondern das sagen Ihnen die Vertreter der großen Verbände der Kindermedizin.

An dieser Stelle muss sich die Gesellschaft jetzt fragen: Nachdem wir drei Jahre lang die Gesundheit von Kindern tatsächlich eingeschränkt haben – wir

haben Kindern Masken aufgesetzt; wir haben Schulklassen zu Hause beschult; wir haben soziale Kontakte eingeschränkt –, obwohl Kinderleben in den allerseltensten Fällen ... Ein Kollege von mir hat es mal sehr trefflich formuliert: Als Kind wird man eher vom Blitz getroffen, als an COVID zu sterben. – Wir haben also, und zwar vor allem durch Ihre Politik, Kindergesundheit eingeschränkt, damit andere am anderen Ende der Gesellschaft weiter überleben können. Insofern muss die Gesellschaft sich fragen: Was wird jetzt in dieser Situation, in der tatsächlich Kinderleben gefährdet sind, für die Kinder getan?

(Beifall von der AfD)

Wir haben Ihnen hier einen Antrag vorgelegt, in dem wir noch für dieses Jahr ein Sofortpaket in Höhe von 50 Millionen Euro fordern. Das ist übrigens eine Forderung, mit der wir uns dem Geschäftsführer des Städtetags, Herrn Dedy, anschließen, der genau das von Ihnen auch fordert. Er sagt: Die Kliniken brauchen nicht im nächsten Jahr Hilfe – sie brauchen nicht im nächsten Jahr die 300 Millionen Euro –, sondern sie brauchen jetzt die Hilfe.

Denn die Springer müssen bezahlt werden. Ja – Ihr Haus hat es in der letzten Sitzung ausgeführt, Herr Minister –, Geld hilft nicht bei allem. Das ist so. Aber es hilft bei vielem. Wenn Sie über eine der Firmen, die das anbieten, noch einen Arzt heranziehen wollen oder wenn Sie Pflegekräfte über Zeitarbeitsfirmen haben wollen, dann kostet das Geld, und zwar viel Geld.

Diese Rufe aus der Fachwelt sind leider nicht neu. Wenn Sie das einmal in den Protokollen der letzten Sitzungen recherchieren, werden Sie sehen, dass ich Ihnen nicht nur im vergangenen Monat bereits gesagt habe, dass wir da in eine Katastrophe laufen, sondern schon seit Jahren. Die entsprechenden Artikel stehen auch seit Jahren in den Fachzeitschriften. Sie wurden schlichtweg nicht gehört. Daher sind wir jetzt in eine Situation gelaufen, die absehbar war. Und die nächsten Katastrophen warten schon um die nächste Ecke – in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, in der Pflege.

All das ist seit Jahren bekannt. Aber es wird einfach nicht gehandelt. Es muss an dieser Stelle – das ist eine Herausforderung; das sehe ich genauso – schlichtweg die Legislaturperiode der Kindergesundheit werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Landesregierung spricht jetzt Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich den

Haushaltsplan im Bereich „Gesundheit“ ansieht, weiß man ganz genau, dass in dieser Wahlperiode der Schwerpunkt natürlich die Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen ist, mit rund 2,5 Milliarden Euro hinterlegt.

Ich sage erst einmal Folgendes: Als ich gestern in der Pressekonferenz von Herrn Lauterbach gehört habe, die Pläne in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen seien nicht radikal genug, habe ich mir die Frage gestellt: Bin ich hier im falschen Film?

Noch im Wahlkampf hat die SPD ein Filmchen mit den Krankenwagen gemacht; vielleicht können Sie sich noch erinnern. Ich kann nur sagen: Da passt irgendetwas nicht zusammen. Klären Sie doch bitte einmal mit Herrn Lauterbach, was hier angeblich nicht radikal genug ist.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie im Bund eine Krankenhauspolitik der Krankenhausschließungen wollen, dann setze ich eine Krankenhauspolitik der Krankenhausstärkung dagegen. Das ist dann der große Unterschied.

(Beifall von der CDU)

Der zweite Punkt ist – und ich hoffe, dass darüber im Landtag großer Konsens herrscht –: Die Krankenhausplanung muss von demokratisch legitimierten Menschen verantwortet werden. Das, was Herr Lauterbach vorschlägt, heißt: G-BA, InEK und MdK übernehmen wesentliche Teile der Gestaltung der Krankenhäuser.

(Zuruf von der SPD: Wo steht das?)

Ich kann nur sagen: Für mich sind Krankenhäuser neben den Schulen die wichtigsten öffentlichen Einrichtungen. Da muss die Gestaltung von demokratisch legitimierten Politikerinnen und Politikern verantwortet werden und nicht von Institutionen, die ernannt sind, aber von niemandem in diesem Land gewählt sind.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich möchte gerne einen weiteren Punkt nennen. Im Gesundheitsbereich haben wir auch deswegen viele Engpässe, weil uns das Personal fehlt. Die Landesregierung hat daher erheblich in die Ausbildung von Pflegefachberufen investiert und wird das auch in dieser Wahlperiode und im nächsten Jahr tun.

Wir haben die Medizinische Fakultät in Bielefeld im Aufbau. Wir haben zusätzliche medizinische Studienplätze in Witten/Herdecke gekauft. Wir sind, von Bayern abgesehen, das einzige Bundesland in Deutschland, das die Ärzteausbildung mit über 400 Ausbildungsplätzen pro Jahr nachhaltig und stark steigert.

Das ist ein konkreter Beitrag dazu, dass wir in den Regionen auch künftig genug Ärztinnen und Ärzte

haben. Denn unsere jungen Abiturienten wollen gerne Medizin studieren, aber die Studienplätze standen unter früheren Landesregierungen nicht zur Verfügung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir setzen auch in diesen Haushalt 30 Millionen Euro ein, um in allen Gesundheitsberufen die Schulgeldfreiheit zu garantieren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich kann mich noch gut erinnern, was in Nordrhein-Westfalen Realität war, als ich 2017 hierher zurückkam: Alle Leute, die im Gesundheitswesen über 100.000 Euro verdienten, wurden vom Staat ausgebildet. Alle, die unter 30.000 Euro verdienten, mussten Schulgeld zahlen. Das haben wir dauerhaft beendet, und wir werden das in dieser Wahlperiode auch gesetzlich regeln.

(Beifall von der CDU)

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Schulgeldfreiheit in allen Gesundheitsberufen garantiert wird.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. Die Krise hat gezeigt, dass wir einen starken ÖGD brauchen. Aus Bundes- und aus Landesmitteln stehen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Nordrhein-Westfalen rund 100 Millionen Euro – 107 Millionen Euro – zur Verfügung, um den ÖGD endlich breiter in unseren Kreisen und kreisfreien Städten aufzubauen.

Bei der Geburtshilfe setzen wir auf neue Ideen. Wir sind das Bundesland mit den meisten hebammengeführten Kreißsälen. Das hat mehr mit der Aufwertung des Hebammenberufs zu tun als vieles, was vorher passiert ist.

Wir kümmern uns auch um die Menschen, die ihren Krankenkassenschutz verloren haben. Deswegen wollen wir die Clearingstellen, die dabei helfen, Menschen wieder zurück in die Krankenversicherung zu führen, weiter stärken.

Ich bin froh darüber, dass wir mit 17.400 jungen Menschen im ersten Ausbildungsjahr so viele Pflegekräfte wie noch nie in der Ausbildung haben. Außerdem haben wir in diesem Haushaltsplan gesichert, dass wir weiterhin Assistenzausbildungen, aber auch die Vergütungen in der Assistenzausbildung garantieren können.

Ich finde, das sind viele, viele Ansatzpunkte einer modernen, einer konkreten und einer an der Umsetzung orientierten Gesundheitspolitik. Es ist eben ein Unterschied, ob jemand, der Luftschlösser baut, Gesundheitspolitik macht, oder ob jemand mit Verstand, Maß und Mitte, aber auch mit Durchsetzungskraft diese Gesundheitspolitik verantwortet. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Von wem reden Sie denn? – Zuruf von der SPD: Viel geredet, nichts gesagt!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, somit sind wir am Schluss der Aussprache zu Teil b) des Einzelplans 11, und zwar zu dem Teil „Gesundheit“.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 11 des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1911, den Einzelplan 11 unverändert anzunehmen. Wir stimmen nun aber erst einmal über die folgenden Änderungsanträge ab.

Ich frage: Wer stimmt dem **Änderungsantrag** der AfD **Drucksache 18/2009** zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, SPD, Grünen und FDP bei Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex. Somit ist dieser Änderungsantrag ... Entschuldigung, ich habe vergessen, danach zu fragen, wer sich enthält. Ich frage deshalb: Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltung. Somit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt über den **Änderungsantrag** der FDP **Drucksache 18/2064** ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU und der Grünen. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltungen. Somit ist der Änderungsantrag bei Abwesenheit des Herrn Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen nun zum **Änderungsantrag** der FDP **Drucksache 18/2065**. Ich frage: Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP, der SPD und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU und der Grünen. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltungen. Bei Abwesenheit des Abgeordneten Dr. Blex ist somit auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum nächsten und gleichzeitig letzten **Änderungsantrag Drucksache 18/2066**, auch von der Fraktion der FDP. Ich frage: Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU und der Grünen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Bei Abwesenheit des Abgeordneten Dr. Blex wurde auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 11. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Ich frage, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Das sind

die Fraktionen der CDU und der Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Wer Enthaltungen. Somit ist der **Einzelplan 11** mit den Stimmen der Grünen und der CDU bei Abwesenheit des Abgeordneten Dr. Blex **angenommen** worden.

Ich rufe nun auf den Einzelplan 04 – Ministerium der Justiz – und eröffne die Aussprache.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Also, ich wäre bereit, aber nicht für die Justiz! – Jochen Ott [SPD]: Ich fände das spannend, wenn Herr Maelzer was zur Justiz sagen würde! Dann wäre mal ein bisschen Leben in der Hütte hier! – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich fühle mich im Recht! – Dr. Benjamin Limbach, Minister der Justiz: Seien Sie doch mal ein bisschen flexibel! – Jochen Ott [SPD]: Genau! Ich frage Sie gleich mal was zur Schulpolitik, und dann sehen wir weiter! – Dr. Benjamin Limbach, Minister der Justiz: Ich habe Kinder! – Jochen Ott [SPD]: Genau das ist das Problem der Schulpolitik: dass jeder meint, er könnte mitreden!)

So, ich rufe nun auf:

Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

Ich eröffne die Aussprache. – Für die Fraktion der SPD hat nun der Kollege Dr. Dennis Maelzer das Wort.

a) Familie, Kinder und Jugend

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. Beim Einzelplan 07 bin ich natürlich gerne dabei.

Meine Damen und Herren! Zum Einzelplan 07 hören wir von der schwarz-grünen Koalition immer wieder, dass sie für die Zukunft dieses Landes stehen will. Das wäre ja etwas, was sich dann insbesondere im Haushalt für Familie, Kinder und Jugend abbilden müsste. Doch wenn man sich die Haushaltsrede der Ministerin im Fachausschuss angehört hat, dann hat man vernommen, dass dort ganz 19 Mal von Kontinuität zur Vorgängerregierung die Rede war. Ich habe gedacht, für ein Weiter-so seien zumindest die Grünen nicht gewählt worden. Doch leider müssen wir genau das erleben.

(Beifall von der SPD)

Außer der Weiterführung des Alltagshelferprogramms stecken in diesem Haushalt relativ wenige Antworten auf Zukunftsfragen. Das Alltagshelferprogramm ist richtig, aber genauso unumstritten zwischen allen demokratischen Fraktionen hier in

diesem Hause. So kann man sagen: Die Ministerin mag neu sein, aber außer den Namensschildern an der Ministeriumstür hat sich bisher herzlich wenig verändert.

(Beifall von der SPD)

So schlittern wir auch weiterhin sehendes Auges in eine Bildungskatastrophe. Ich weiß, liebe Josefine Paul, Sie mögen diesen Begriff nicht. Doch ich werde ihn weiter verwenden. Denn ich halte es für eine Katastrophe, dass in Nordrhein-Westfalen mehr als 100.000 Kitaplätze fehlen und dass wir damit mehr als 100.000 Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung verwehren.

(Beifall von der SPD)

Genau das zu thematisieren, demotiviert auch nicht unsere Fachkräfte. Denn die Katastrophe besteht doch gerade darin, dass mehr als 100.000 Kinder diese Fachkräfte überhaupt nicht zu Gesicht bekommen.

Blickt man in Ihren Haushalt, dann sieht man, dass sich daran gar nichts ändern soll. Wenn der Zuwachs an Plätzen so langsam weitergeht, wie Sie es in Ihrem Haushalt beschreiben, dann schließen wir die Lücke frühestens in 13 Jahren. Dann sollen aber diejenigen, die heute keinen Kitaplatz haben, eigentlich schon ins Berufsleben starten. Dieses Schnecken-tempo können wir uns deshalb nicht weiter leisten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir können es uns auch nicht weiter leisten, dass in den kommenden Haushalt keine Mittel für eine KiBiz-Revision eingestellt sind. Wir müssen jetzt schon die Weichen hin zu einer Einrichtungsfinanzierung stellen. Da nützt es auch nicht, mantramäßig auf die Evaluation zu verweisen. Als Sie in der Opposition waren, Frau Ministerin, da kannten Sie die Webfehler des KiBiz nur zu gut. Das kann nach einer Landtagswahl nicht alles vergessen sein.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Darum muss das Jahr 2023 das Jahr sein, in dem wir mit dem Einstieg in den Ausstieg aus dem KiBiz beginnen und ein wirkliches Kita-Zukunftsgesetz auf den Weg bringen.

Denn wir erleben doch in unseren Wahlkreisen, wie sehr dieses System auf Kante genäht ist. Jüngst erst hat die evangelische Kirchengemeinde in Hagen die Trägerschaft für drei Kitas zurückgegeben, weil sie es sich finanziell nicht mehr leisten kann. Das sind doch Alarmzeichen, die das Land endlich mal ernst nehmen muss.

Aber der Einzelplan 07 dreht sich selbstverständlich nicht nur um Kitas, sondern es geht auch um Familien, um Kinder und um Jugendliche. Auch für sie wird 2023 ein Jahr sein, in dem Corona und vor allen Dingen die Folgen der Pandemie noch deutlich spürbar sein werden. In dieser Zeit brauchen Familien